

Der Brotmangel.

Eine Erklärung des Berliner Magistrats.

„Ausverkauft“, dieses Plakat liest man seit einigen Tagen schon in den frühen Vormittagsstunden in zahlreichen Bäckereien Groß-Berlins. Vergeblich durchwandern die Hausfrauen ganze Straßenzüge, um die ihnen nach der Brotkarte zustehende Menge zu erhalten. Die Bäcker behaupten, daß sie an diesen Verhältnissen nicht schuld seien, die Mehloerteilungsstelle lasse sie im Stich; sie seien gezwungen, die Markten der kommenden Woche hinzuzunehmen, um wieder Mehl zu bekommen.

Dazu verleiht das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats eine längere Erklärung, in der allerlei Gründe (Verlangen des Publikums, über die zugemessene Portion Brot zu erhalten, technische Schwierigkeiten bei der Mehloerversorgung, Kohlenknappheit) für die unangenehmen Vorkommnisse in der letzten Woche angeführt werden. Es heißt dann weiter:

Aus allen diesen Gründen erklärt sich, daß sich in der vergangenen Woche eine Brotknappheit bemerkbar gemacht hat, obwohl die Gesamtmehlausgabe keinerlei Rückschlag erfahren hatte und obwohl, wie gegenüber unrichtigen Behauptungen hervorgehoben sei, auch die Streckungsmittel im vorgeschriebenen Verhältnis zur Verfügung gestellt waren. Gegenüber der Behauptung, die Groß-Berliner Verwaltungen verlangten eine zu hohe Gebäckausbeute aus dem Mehl, sei bemerkt, daß die bemängelte Relation auf Grund vielmonatiger Erfahrungen und wiederholter Versuche beibehalten werden konnte und im Interesse der durchaus gebotenen wirtschaftlichen Ausnutzung unseres wichtigsten Nahrungsmittels beibehalten wurde. Die Groß-Berliner Mehloerversorgung hat eine nicht unerhebliche Mehlmenge ausnahmsweise nachgeschossen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Zu einer Beunruhigung für die Bevölkerung liegt keinerlei Anlaß vor, und es ist zu erwarten, daß, trotzdem infolge des Schneefalls die Zufuhr des Mehls an die Bäcker und Händler naturgemäß arg beeinträchtigt wird, alsbald wieder vollkommen normale Verhältnisse eintreten werden; diese Erfahrung ist schon mehrfach in ähnlichen Fällen gemacht worden. Die Verwaltungen Groß-Berlins sind übrigens bereits damit befaßt, Maßregeln vorzubereiten, die der Wiederholung solcher Vorkommnisse nach Möglichkeit vorbeugen werden.